

Grundwissen Geschichte Jahrgangsstufe 8

1. Die Französische Revolution und Europa

	Aufklärung	Denkrichtung des 17. und 18. Jahrhunderts: Die Aufklärer forderten Toleranz , kritisierten Vorurteile sowie Fürstenwillkür und glaubten an den Fortschritt der Menschheit durch Anwendung der Wissenschaften und Erziehung zur Vernunft (=ratio) .
	Menschenrechte	Die Aufklärer waren davon überzeugt, dass alle Menschen von Natur aus angeborene Rechte haben, vor allem: Recht auf Leben, Glaubens- und Meinungsfreiheit, Gleichheit vor dem Gesetz. In der Französischen Revolution wurden die Menschenrechte 1789 als oberstes Staatsgesetz verkündet.
	Gewaltenteilung	Forderung des Aufklärers Montesquieu : Aufteilung der Staatsgewalt in drei getrennte Bereiche: Exekutive (ausführende Gewalt: Polizei, Verwaltung, Militär), Legislative (Gesetzgebung) und Judikative (Rechtsprechung); Ziel: Verhinderung von Machtmissbrauch
	Volkssouveränität	Der Aufklärer Rousseau forderte, dass alle Macht vom Volk ausgehen müsse (ähnlich wie in der antiken Demokratie Athens)
	Bürgertum	<ol style="list-style-type: none"> städtische Mittelschicht, z.B. Handwerker, Geschäftsleute (abzugrenzen von Bauern, Arbeitern, Klerus und Adel), wirtschaftlich seit dem 18. Jh. sehr erfolgreich; im absolutistischen Frankreich der 3. Stand: alle Franzosen, die weder dem Klerus (1. Stand) noch dem Adel (2. Stand) angehörten, also Mehrheit der Bevölkerung; Staatsbürger: Angehörige eines Staates mit gleichen Rechten und Pflichten, unabhängig von der gesellschaftlichen Stellung
	Revolution	Umwälzung des politischen oder gesellschaftlichen Systems, meist gewaltsam von einer unterprivilegierten Schicht gegen die Herrschenden durchgesetzt
14.7.1789	Sturm auf die Bastille	Ausbruch der Französischen Revolution
1789-99	Französische Revolution	Umsturz des Absolutismus und der Standesprivilegien unter der Parole „ Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit “, getragen vom Bürgertum . Nach einer gemäßigten, kompromissbereiten Phase der konstitutionellen Monarchie radikalisierte sich die Revolution: Frankreich wurde Republik , Hinrichtung König Ludwigs XVI. und der Königin Marie Antoinette, Terrorherrschaft der Jakobiner unter Robespierre
	Nation	ein Volk , das sich als zusammengehörig empfindet und einen politischen Willen vertritt
	Verfassung	wichtigstes Gesetzbuch eines Staates, in dem die Rechte und Pflichten der Staatsbürger sowie die Aufgaben der Staatsorgane (z. B. Parlament und Regierung) festgelegt sind. König Ludwig XVI. akzeptierte die Verfassung von 1791 --> konstitutionelle Monarchie
1799	Staatsstreich Napoleons	General Napoleon Bonaparte riss alle Macht an sich, beendete die Revolution und errichtete eine Militärdiktatur .
1804-1814/15	Kaisertum Napoleons	1804 krönte sich Napoleon selbst zum „ Kaiser der Franzosen “. Er versuchte, die französische Hegemonie über Europa kriegerisch durchzusetzen, stieß dabei bis Moskau vor, wurde aber schließlich von den Großmächten besiegt, abgesetzt und verbannt.

1806	Ende des Heiligen Römischen Reiches	Unter dem Druck Napoleons brach das alte deutsche Kaiserreich („Heiliges Römisches Reich deutscher Nation“) zusammen: Einige deutsche Staaten verbündeten sich mit Napoleon im Rheinbund und traten aus dem Reich aus, daraufhin legte der letzte Kaiser Franz II. die deutsche Kaiserkrone nieder (blieb aber Kaiser von Österreich)
	Maximilian von Montgelas	bayerischer Minister um 1800. Seine Reformen haben Montgelas zum Schöpfer des modernen Bayern werden lassen.

2. Deutschland zwischen Restauration und Revolution (1815-1849)

1814/15	Wiener Kongress	Nach der Niederlage Napoleons neue europäische Friedensordnung. Prinzipien: 1. Restauration (Wiederherstellung der vorrevolutionären Zustände und Staatsgrenzen), 2. Legitimität (monarchische Herrschaft nach Erbrecht und Gottesgnadentum), 3. Solidarität (gegenseitige Hilfe der Monarchen gegen revolutionäre Bewegungen) 4. Gleichgewicht der Mächte
1815-66	Deutscher Bund	Das Heilige Römische Reich wurde auf dem Wiener Kongress nicht restauriert, stattdessen Gründung des Deutschen Bundes, eines lockeren Zusammenschlusses der deutschen Staaten (Staatenbund ohne gemeinsame Regierung).
	Konservatismus	politische Richtung, welche die bestehende Ordnung für wertvoll hält und sie erhalten will; Orientierung an Traditionen, Ablehnung radikaler Neuerungen. Die Ordnung des Wiener Kongresses und des Deutschen Bundes waren konservativ geprägt.
	Liberalismus	politische Richtung, die vor allem die Freiheit des Einzelnen betont und Eingriffe des Staates ablehnt. Forderung nach einer Verfassung , welche die Staatsmacht einschränkt und die Rechte und Mitbestimmung des Staatsbürgers garantiert
	Nationalismus	politische Richtung, welche die (eigene) Nation für den wichtigsten Wert hält. Ablehnung der Kleinstaaterei, Forderung nach der Einheit Deutschlands und nach einem mächtigen Nationalstaat
1832	Hambacher Fest	erste politische Großdemonstration in Deutschland, veranstaltet von der liberalen und nationalen Opposition , die vor allem im Bürgertum viele Anhänger hatte; Symbolfarben: Schwarz-Rot-Gold
1848/49	(März-)Revolution in Deutschland	Versuch, liberale und nationale Forderungen durchzusetzen. Wahl einer Nationalversammlung (erstes gesamtdeutsches Parlament in der Frankfurter Paulskirche), die eine monarchische, aber freiheitliche Verfassung ausarbeitete (konstitutionelle Monarchie). Die Revolution scheiterte jedoch: Der preußische König lehnte die ihm angebotene Kaiserkrone ab; die Paulskirchenverfassung trat nicht in Kraft, die Revolution wurde durch die Fürsten gewaltsam unterdrückt und der Deutsche Bund wiederhergestellt.

3. Leben in Deutschland 1850-1914

	Industrielle Revolution	Prozess, bei dem die fabrikmäßige Produktion (Arbeitsteilung, Maschineneinsatz, Massenproduktion) sich schnell und schubartig durchsetzte und dabei Wirtschaft und Gesellschaft grundlegend veränderte.
	Soziale Frage	Folge der Industriellen Revolution : Verarmung der Arbeiterschaft unterhalb des bisherigen 3. Standes ("Vierter Stand," " Proletariat "). Kennzeichnend für diese Schicht waren extreme Ausbeutung in den Fabriken und soziale Ausgrenzung. Das massenhafte Elend und die entstehenden Spannungen werden als „S. F.“ bezeichnet.
	Sozialismus	politische Richtung, die als Antwort auf die soziale Frage Gemeinschaftseigentum an allen Produktionsmitteln fordert. Wichtig ist nicht so sehr die Freiheit des Einzelnen, sondern das Gemeinwohl. Wichtigste Träger des Gedankens waren Gewerkschaften und Arbeiterparteien .
	Kommunismus	radikale Form des Sozialismus nach der Theorie von Marx und Engels : Die Kommunisten planten eine Revolution zur Errichtung einer Diktatur des Proletariats, um als Fernziel den eine "klassenlose Gesellschaft" (= Kommunismus) gewaltsam durchzusetzen.
	Arbeiterbewegung	Massenbewegung der Industriearbeiter in Europa, mit der sie sich in sozialistischen Parteien und Gewerkschaften für die Verbesserung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Lage sowie für politische Rechte zusammenschlossen.
	Otto von Bismarck	Preußischer Politiker, der als Ministerpräsident Deutschland durch drei Kriege unter preußischer Führung einigte (" kleindeutsche Lösung "). 1871 – 1890 war er Reichskanzler des Deutschen Kaiserreiches.
1871	Kaiserproklamation in Versailles	Gründung des Deutschen Kaiserreichs während des Krieges gegen Frankreich; der preußische König Wilhelm I. wird Deutscher Kaiser
	Kulturkampf	Konflikt zwischen der kath. Kirche und dem deutschen Reich, bei dem es Bismarck um die Bekämpfung des kirchlichen Einflusses im Staat ging.
ab 1883	Sozialgesetzgebung	Einführung der gesetzlichen Kranken-, Unfall- und Rentenversicherung unter Bismarck. Zusammen mit dem zeitweiligen Verbot der sozialdemokratischen Parteiarbeit, dem sog. " Sozialistengesetz " (1878 – 1890), sollte die Sozialgesetzgebung die Spannungen der Sozialen Frage dämpfen. Ursprung der modernen Sozialversicherungen.
	Partei	Zusammenschluss von Bürgern mit gemeinsamen politischen Vorstellungen und Zielen . Merkmale: Parteiprogramm, dauerhafte Organisation, Wille zur politischen Einflussnahme, z.B. durch Wahlen.
	Reichstag	Vertretung des deutschen Volkes (Parlament) seit 1871. Er hatte im Kaiserreich nur geringe Kontrollfunktion gegenüber der Regierung.

4. Imperialismus und Erster Weltkrieg

ca.1880-1918	Imperialismus	Bestreben von industrialisierten Staaten, ihre wirtschaftliche, politische und militärische Macht zu nutzen, um ihre Herrschaft auf schwächere Staaten direkt (Besetzung oder Einrichtung einer Kolonialregierung) oder indirekt (durch politischen Druck, wirtschaftliche Erpressung) auszudehnen . Dadurch steigerten sich die Konflikte zwischen den rivalisierenden Großmächten.
1914-18	Erster Weltkrieg	Aus dem Konflikt um den Balkan entstandener, alle Großmächte einschließender Kampf um die Vorherrschaft in der Welt . Neu war die hohe Zahl der eingesetzten Soldaten, der technisch-militärische Aufwand, die völlige Erschöpfung aller europäischen Länder und die enorme Zahl der Menschenverluste (ca. 10 Mio. Tote).
1917	Russische Revolution	Februarrevolution : Sturz der Zarenherrschaft Oktoberrevolution : Machtergreifung der Kommunisten und Errichtung einer Diktatur.
1919	Versailler Vertrag	Friedensvertrag , mit dem das Deutsche Reich gegenüber den Siegermächten des Ersten Weltkrieges die Alleinschuld am Krieg eingestehen und hohe Reparationleistungen zahlen musste. Weitere Inhalte: Gebietsabtretungen sowie wirtschaftliche und militärische Einschränkungen.